

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktäglichen Bevölkerung

Der "Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Aussträger monatlich 4.50 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengepaßte Pellschleife oder deren Raum 180 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pf., Reklamen 500 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, gefüllte rüber, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 27.

Mittwoch, den 2. Februar 1921.

23. Jahrgang.

Die Lohnsteuer.

Es ist bereits bekannt geworden, daß eine reichsgesetzliche Umwandlung der Einkommensteuer für Lohn- und Gehaltsempfänger in eine Lohnsteuer vorbereitet wird. Im Steuerausschuß wurde auf Anfrage eines Abgeordneten unserer Partei vom Vertreter des Reichsfinanzministeriums erwidert, daß noch eingehende Beratungen mit den Verbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer über alle einschlägigen Fragen und insbesondere über die bisher schon mit dem Steuerabzug gemachten Erfahrungen vorangehen müssten. Es wird daher nützlich sein, sich mit den Grundzügen der geplanten Reform an der Hand der Denkschrift, die dem Steuerausschuß auf sein Eruchen vorgelegt wurde, heute schon näher vertraut zu machen.

Vorweg sei bemerkt, daß der Gedanke, die Besteuerung der Lohn- und Gehaltsempfänger durch eine Lohnsteuer zu regeln, auch im Ausland bereits feste Gestalt angenommen hat, insbesondere ist Dänemark mit einem bereits in Kraft getretenen Lohnsteuergesetz vorangegangen.

Der Unterschied zwischen einer solchen Lohnsteuer und dem seit 1. Juli 1920 in Deutschland eingeführten Steuerabzug vom Arbeitslohn besteht darin, daß der Abzug nicht nur eine Abschlagszahlung auf die später zu veranlagende Einkommensteuer darstellt, sondern zu einer entsprechenden Steuerleistung ausgestaltet, also die weitere Veranlagung überflüssig gemacht wird.

Der Ausbau der Lohnsteuer soll einfach und klar sein. Die Denkschrift der Reichsfinanzverwaltung sieht dafür folgende Grundsätze vor: Es werden gleichmäßig 10 Prozent von allen Arbeitseinkommen bis zu 20 000 Mark in Abzug gebracht. Der Abzug ermöglicht sich um den festen Betrag von 120 Mark für jede auf den Arbeitslohn angewiesene Person. Diese 120 Mark sind genau 10 Prozent des steuerfrei bleibenden Lohnbetrages von 1200 Mark. Bei 10 000 Mark Jahreseinkommen würden zum Beispiel einem Junggesellen, der nur für seine Person zu sorgen hat, 1000 Mark weniger 120 Mark, also 880 Mark abgezogen werden. Einem Familienvater mit Frau und vier Kindern dagegen bei gleichem Einkommen nur 280 Mark; denn bei ihm beträgt die Erhöhung $6 \times 120 = 720$ Mark. Außerdem ermöglicht sich der Steuerabzug noch um die sogenannten Werbungskosten (Versicherungsbeiträge usw.), für die ebenfalls ein fester Beitrag von 60 Mark angesetzt werden soll, gleich zehn Prozent des auf 600 Mark veranschlagten Gesamtvertrages dieser Werbungskosten. In dem obigen Beispiel wäre demnach von dem Steuerbetrag noch 60 Mark mehr abzuziehen. Es liegt auf der Hand, daß eine solche Regelung die Steuerpflichtigen mit großer Familie ganz wesentlich günstiger behandelt, als es heute der Fall ist. Der gleichmäßige Prozentsatz des Steuerabzuges für alle Arbeitseinkommen bis zu 20 000 Mark bedeutet allerdings auch eine gewisse Härte gegen die kleineren Einkommen. Zur Abwendung ungewöhnlicher Härten sind deshalb Sondervorschriften in Aussicht genommen. Unverkennbar groß aber wäre der Vorteil, der durch die sehr einfache Art der Steuerberechnung und der Steuererhebung bei der Lohnzahlung erzielt würde.

Damit wäre dann ohne jede weitere Veranlagung die Steuerpflicht aller Lohn- und Gehaltsentnahmen, die über kein anderes Einkommen verfügen, erfüllt. Hat jemand aber neben seinem Arbeitslohn noch anderes Einkommen, so soll er dies, wenn es zusammen mit dem Arbeitslohn jährlich 20 000 Mark nicht übersteigt, ebenfalls nur mit 10 Prozent versteuern. Es findet dann eine besondere Veranlagung statt, die sich auf Antrag des Steuerpflichtigen auf das gesamte Einkommen, also nicht nur auf das den Arbeitslohn überschreitende Einkommen erstreckt. Damit soll erreicht werden, daß auch in diesen Fällen der Familienstand volle Berücksichtigung finden kann.

Wenn das Gesamteinkommen über 20 000 Mark jährlich beträgt, so muß in jedem Falle eine besondere Veranlagung über das gesamte Einkommen stattfinden. Es werden dann ebenfalls bei jeder Lohn- oder Gehaltszahlung zunächst 10 Prozent in Abzug gebracht, außerdem sind aber dann für das über 20 000 Mark hinausgehende Einkommen noch entsprechende Zuschläge zu zahlen, die sich progressiv steigern, und zwar 20 Prozent für die ersten 2000 Mark, die den Betrag von 20 000 Mark übersteigen, um 22 Prozent für die nächsten 2000 Mark und so fort bis zu 60 Prozent für ganz große Einkommen. Da es sich zunächst nur um eine Denkschrift der Regierung, nicht um einen fertigen Gesetzentwurf handelt, erübriggt sich eine vollständige Wiedergabe der für die Progrässen vorgeschlagenen Tabelle.

Kommt es zur Einführung einer solchen Lohnsteuer — und im Prinzip scheinen alle Parteien damit einverstanden zu sein —, dann würde das zur Folge haben, daß die durch die bisherigen Steuerabzüge vom Arbeitslohn noch nicht abgeleisteten Steuerpflichtigen mit einem großen Schwund ausgedrückt werden müßten. Die Denkschrift der Regierung leidet nicht deutlich由此可见, daß eine nachträgliche Erhebung dieser Steuerabzüge kaum noch möglich sein wird, einmal weil bei der heutigen Geldentwertung der größte Teil der Steuerpflichtigen gar nicht in der Lage ist, heute noch diese Summe aufzubringen, dann auch, weil die nachträgliche Veranlagung zu hohe Kosten verursachen würde.

Die Regierungserklärung im Reichstag.

Die heutige Tagung des Reichstages hat die erwartete Erklärung der Regierung gebracht, die das vorauszusehende "Nein!" zu den Forderungen der Entente enthielt. Die Stimmung des Reichstages stand (bis auf die Extratour des Kommunisten Hoffmann) offenbar hinter der Rede des Dr. Simons, die wiederholt lebhaft von Zuhören begleitet wurde. Über den Gang der Reichstagssitzung am Mittwoch wird gemeldet: Die Sitzung wird mit einer Erklärung des Abg. Müller-Franzen für die sozialdemokratische Partei beginnen. In dieser Erklärung wird der Standpunkt der deutschen Arbeiterklasse, ihr Friedenswillen und ihre Bereitschaft zur Wiedergutmachung im Bereich der Leistungsfähigkeit festgelegt werden. Den Entwaffnungsforderungen wird entsprechend dem oft betonten Standpunkt unserer Partei im Reichstag Rechnung getragen werden. Der sozialdemokratischen Erklärung wird eine kollektive Darlegung des Standpunktes der Regierungsparteien zu den Forderungen der Entente folgen. In die Rede des Sprechers der Regierungsparteien wird sich die deutsch-nationale Erklärung anschließen, die vermutlich rein negativ sein wird, und an diese nur wenig Zeit erfordernde Erklärung werden sich Reden anschließen, in denen der Standpunkt der Unabhängigen und Kommunisten zum Ausdruck kommen soll.

Über den Inhalt der von unserer Fraktion abzugebenden Erklärung erfahren wir noch weiter: Die Erklärung, die heute vom Genossen Müller-Franzen über die Haltung der sozialdemokratischen Partei abgegeben wird, entspricht dem einmütigen Aufschluss der Fraktion. Sie wird unter anderem zum Ausdruck bringen, daß die wirtschaftlichen und finanziellen Forderungen der Entente unerfüllbar sind, und feststellen, daß eine Regierung, die wider besseres Wissen unerfüllbare Forderungen zustimmt, weder das Vertrauen des Volkes, noch das des Auslandes verdient. Zugleich wird in der Erklärung auf die schweren innerpolitischen Folgen der Bedingungen hingewiesen. Des Weiteren wird auch ein Aufschluß an die Arbeiter aller Länder in der Erklärung enthalten sein, der darauf hinweist, daß das deutsche Proletariat diese ungeheuren Lasten zu tragen hat, obwohl es längst erschöpft und vereidend sei.

63. Sitzung.

WTB. Berlin, Dienstag, 1. Februar, 4½ Uhr nachm.

Das Haus und die Tribünen sind überfüllt.
Im Regierungstisch: Die Reichsregierung, Minister Lüdemann.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung mit der Mitteilung, daß die nächste Sitzung des Wahlprüfungsgerichts am 9. Februar stattfindet.

Als einziger Punkt steht auf der Tagesordnung:

Entgegennahme der Erklärung der Reichsregierung.

Reichsminister des Innern Dr. Simons: Seltener hat eine politische Verhandlung in ihrem Verlaufe und ihren Ergebnissen eine solche Verwirrung in den Köpfen gestiftet, wie die letzte Konferenz in Paris. Eben erst hatte man Kenntnis genommen von den Plänen des französischen Wirtschaftsministers Segdouz. Man hatte sich überredet an die Tatsache gewöhnt, daß die deutsche Regierung bereit war, unter gewissen Vorbehalten diese Segdouz'schen Pläne als Grundlage weiterer Verhandlungen anzunehmen. Aber zugleich nach Beginn der Pariser Verhandlungen kam die Rede des französischen Finanzministers Doumer, die diesen Plan vollständig verworfen und eine exorbitante Summe als Schamlosigkeit Deutschlands aufstellte. Wir haben in den Zeitungsberichten von den Kämpfen zwischen dem englischen Ministerpräsidenten Lloyd George und dem französischen Ministerpräsidenten Briand Berichte, deren Richtigkeit nachzuprüfen wir nicht in der Lage sind. Nun mehr kommt die Note, die Ihnen aus den Zeitungen bekannt ist, mit ihrem neuen, vollkommen neuen System.

Dr. Simons kommt dann auf die Vorbezeichnungen der Entente, die zu dem jeglichen Diktat führen, zu sprechen. In der deutschen Presse wird der Regierung vorgeworfen, daß sie nicht selbst, bevor die Ministerkonferenz in Paris zu ihren Ergebnissen kam, mit positiven Vorstellungen herausgekommen wäre. Der Verdacht ist unbegründet. Trotz innerer Schwierigkeiten haben wir in Spa drei Vorschläge vorgelegt: 1. einen Finanzplan, 2. einen Plan für die Sachleistungen für die Reparation und 3. einen Plan für technische Durchführung. Diese drei Pläne sind übergeben worden und wir hatten Grund anzunehmen, daß diese Vorschläge als Grundlage für weitere Verhandlungen würden dienen können. Das ist nicht geschah. Die Pläne sind unter den Tisch gefallen und wir haben keine Antwort bekommen. (Hört, hört!) Es ist zu berücksichtigen, daß die besten Pläne, die wir machen konnten, immer nur andere bedeuten und unsichtbar sein würden. Ich kenne nur das Wort Oberfläche, um zu sagen, daß wir keine Pläne überhaupt nicht oder doch nur alternativ machen könnten. (Sehr richtig!) Pläne in alternativer Form zu machen, in dem Moment, wo es in Überzeugung um Leben und Tod geht, würde ich für einen militärischen Krieg halten. (Sehr richtig!) Dazu kommt die vollkommene Unkenntlichkeit unserer Wirtschaft und wirtschaftlichen Verhältnisse. Auf diesem Boden fallen sich von uns bestimmte Pläne überaus nur dann machen, wenn wir eingerahmt sind über die Möglichkeiten, die Unterstände durch Unterstände, den Grenzen, von denen es abhängt, zu leben. Ein weiter-

ter Vorwurf ist dahin gemacht worden, daß wir dem Plane von Segdouz Bedingungen entgegensezt hätten, die unerfüllbar wären. Die deutsche Regierung hat keine Bedingungen gestellt. Es handelt sich nun darum, daß wir gelaut hätten, die Vorstellungen Segdouz nehmen wir nur an, wenn er unsere Bedingungen annimmt. Nein, wir haben gelaut, es handelt sich um gewisse Umstände und Voraussetzungen, die erörtert werden müssen, ehe wir uns dazu verstehen können, bestimmte Bissens zu nennen. Ich darf sagen, daß es der französische Botschafter selbst war, der sofort erklärt hat, es sei selbstverständlich, daß über diese Fragen von Brüssel eine weitere Auseinandersetzung möglich sei. So offen, wie die Regierung in Brüssel vor seinen früheren Feinden und jenen Gegnern seine Karten aufgedeckt hat, hat wohl noch kein Volk seine Karten aufgedeckt. Ich kann diesen ganzen Vorwürfen nur entgegenhalten, daß sie von einem Mitglied der Alliierten bestimmt sind, das uns aus Kreisen der Alliierten immer mehr entgegentritt. Ich halte die Note für ein unvollkommenes Ergebnis einer schwierigen Verhandlung und glaube, daß sich das ergeben wird, wenn ich auf den Inhalt eingehe. Nebenbei bemerkte ich, daß diese Nacht mit das Original durch Sozialfunktion jugegangen ist und ich daraus habe feststellen können, daß der Inhalt sich wörtlich mit dem deckt, was mir durch Fernschreiber zu gegangen ist.

Es handelt sich zunächst um die Entwaffnung. Dieser Teil ist der weitaus größte Teil des Verhandlungswesens, aber denjenigen Teils, auf dessen Einzelheiten ich am wenigsten werde eingehen können. Unsere Stellungnahme ist nur möglich, wenn das außerordentlich nennenswerte Material von den zuständigen Konsorten eingehend geprüft ist. Zu kaum auf die spezielle Forderung der Selbstschutzbewegungen und der Einwohnerwehr hat die Entente uns eine längere Zeit zugebilligt. Da haben wir auch mit den zuständigen Landesregierungen Fühlung zu nehmen. Diese Rücknahme mit den Landesregierungen und die Prüfung durch die teilweisen Konsorten ist eingeleitet und wird durchgeführt werden, und doch wird dies in dem Sinne der langen Anerkennung unserer Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag tun, in zweifelhaft. Ich kann dies Thema nicht verlassen, ohne dem Bedauern Ausdruck zu geben, daß in der Note kein Wort der Anerkennung steht für das, was wir in der Entwaffnung bereits getan haben. Sie können mir als Augenzeugen von Spa glauben, daß damals kein Mensch, auch unsere Geister, nicht geglaubt haben, daß wir soviel in dieser Zeit werden leisten können. Trotzdem nach dem Misstrauen und das Versprechen wiederholter Drohungen durch Sanktionen, die über uns verhängt werden sollen. Ich komme später auf diese Sanktionen zurück.

Die Reparationsfrage ist derart gefüllt, daß einmal die Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag durch ihre Zahlungen bis 1923, ansteigend von zwei Milliarden bis sechs Milliarden Goldmark, bezahlt werden. In der Gesamtheit sollen wir also 12 Jahre hindurch im ganzen 226 Milliarden Goldmark, also über 3000 Milliarden Mark in Papiergold leisten. (Gehört, hört, hört!) Die zweite Forderung der Entente: 42 Jahre soll Deutschland 12 Prozent des Wertes der deutschen Ausfuhr an die Alliierten zur Verfügung stellen. (Unruhe.) Man hat offenbar eine Schätzung angestellt und die hat ergeben, daß man auf diese Weise 1–2 Milliarden Goldmark aus der deutschen Wirtschaft werden noch herausschaffen können. Diese Berechnung ist angeholt worden, darüberhinausweise in der Form einer Handelsbilanz, die auf der Ausfuhrseite für Deutschland mit 12–15 Milliarden aussticht. Also eine Handelsbilanz, wie sie Deutschland auch in den blühenden Zeiten vor dem Kriege nicht gehabt hat. Auf diese Weise glaubt man offenbar, die Differenzen zwischen der Boulogner Forderung und der Entente-Note zu überbrücken, die gerade 43 Milliarden Goldmark betragen würden.

Für diese verschiedenen Verpflichtungen ist auch an Sanktionen gedacht, und zwar für die variable Note an einen Einsatz in die Freiheit der deutschen Zollvereinigung. Es soll eine Zollverwaltung für die Ein- und Ausfuhrzölle zur Durchführung der Verpflichtung eingesetzt werden. Trotz aller Sicherheiten ist doch der Kehl der Verpflichtungen Deutschlands noch nicht gesezt. Es soll außerdem verpflichtet sein, die Requisitionen in Boulogne, nach Artikel 233 des Vertrages alles das, was Deutschland aus dem Seebereich weggenommen hat, defensiv. Auch auf viele Hunderte von Millionen besteuert. Dazu kommt die Offizierskosten. Auch diese sind sehr hoch. Sie betragen jährlich etwa 15 Milliarden Goldmark. (Hört, hört!) Auch wiederum können die in dieser Richtung getroffenen Maßnahmen der Alliierten in Kraft treten, werden sie irgendwann bis 240 Millionen Goldmark, also etwa eine viertel Milliarde Goldmark betragen. Hinzu kommen die aus ebenfalls obigeren Kosten für die zahlreichen Kommissionen, die ja jetzt noch ihre Tätigkeit ausüben und zu denen dann noch die Kommissionen für den Außenhandel kommen. Endlich haben wir noch zu entrichten die Salden aus dem Ausgleichsverfahren, die bestimmt auch höchst ungünstig sind. (Hört, hört!) Wenn Sie die ganzen Salden für die 226 Milliarden Goldmark gleich auf den Tisch des Hauses legen, so bleibt dann die Abrechnung der 20 Milliarden Goldmark die wir bereits geleistet haben.

Absehbar von den Maßnahmen erhält das neue Programm unweigerlich Widerstände gegenüber dem Friedensvertrag. Der Friedensvertrag gibt uns das Recht, bis zum 1. Mai 1923 eine leise Belastung unserer Kriegsschiffe zu infizieren. Da wird uns wieder eine variable Summe angeboten und dann eine feste Summe. Die deutsche Wirtschaft kann es auf die Dauer nicht vertreten, daß sie aus der Währungswertbasis verstoßen. (Gebrochene Zustimmung!) Dann hat der Friedensvertrag uns jetzt gezeigt, daß wir ein neues Men-

vorigen Jahres versuchsweise zugelassene Arbeitsstreuung, je länger je mehr entstehen, soll die Arbeitsstreuung nunmehr aufgehoben werden und die Entlassung der dadurch entbehrliech werdenben Hilfskräfte erfolgen. Auch alle sonstigen Hilfskräfte, die entbehrliech sind, sind außer Beschäftigung zu setzen.“ Weiter wird in der Verfölung bestimmt: „Den zu Entlassenen ist der Dienst unter Innehaltung der tarifvertraglichen Frist so gleich zu füllen, dass damit die in Betracht kommenden Personen Zeit haben, sich nach einer anderen Beschäftigung umzusehen, sind sie unter Aus händigung der ihnen zustehenden Beziehe sogleich vom Dienst zu entbinden.“ — Vielleicht löst der Postminister auch das Rätsel, wo die zahlreichen Hilfskräfte bei der großen Arbeitslosigkeit unterkommen können. Eine weitere amtliche Meldung besagt, dass die Entlassung im Einvernehmen mit den Betriebsräten erfolgt.

Der Gott der Deutschnationalen.

Das erste Kapitel des 3. Bandes der Bismarck-Gedenkungen beschäftigt sich mit dem Prinzen Wilhelm. Es wird darin u. a. erklärt, welche Mühe sich Bismarck gegeben habe, um den Prinzen für seine große Laufbahn durch richtige Instrumente vorzubereiten und wie er den alten Kaiser bestimmen wollte, dass Prinz Wilhelm im Auswärtigen Amt arbeiten sollte. Der Vater des Prinzen schrieb darauf einen Brief an Bismarck, in dem es heißt:

„Ich halte es für notwendig, dass mein ältester Sohn die innere Lage des eigenen Landes kennenlernt, bevor er, der zu vorschnellem Urteil neigt, sich zumindest mit Politik beschäftigt. Sein Wissen weckt Sorgen auf. Er hat noch keine richtigen Unterlagen und im Zusammenhang mit seiner Unreife und dem Mangel an Erfahrung, mit seiner Neigung zur Selbstüberzeugung und Selbstüberhebung muss ich es als entschieden gefährlich bezeichnen, ihn jetzt bereits mit Fragen der auswärtigen Politik in Verbindung zu bringen.“

Bismarck antwortete, dass in dynastischen Familien der Wille des Kaisers dem des Vaters vorgehe und schlug den Unterstaatssekretär Hertfurcht als Instruktor für den Kronprinzen vor. Bismarck hat nun den Prinzen Wilhelm und Hertfurcht zum Essen eingeladen, aber die Zusammenkunft der beiden führte zu keiner Verständigung.

Eine sehr bayrische Glanzleistung.

Wie die Blätter aus München melden, wurden durch Verfüfung des Staatskommissars die Versammlungen des Republikanischen Führerbundes verboten. In den Wohnungen des Bundesvorsitzenden, Hauptmanns a. D. Schützinger, und des Generalsekretärs wurden Haussuchungen vorgenommen. Gegen beide wurde Anzeige wegen Vergehens gegen die Verordnung betreffend Bildung verbotener militärischer Verbände erstattet.

Kleine politische Nachrichten.

Der Kongress der sozialistischen Föderation von Seite-Wienne hat mit 54 zu 10 Stimmen bei 2 Enthaltungen den Anschluss an die dritte Internationale abgelehnt.

Bei der Wahl des neuen Oberbürgermeisters von Cork durch den Gemeinderat drang englische Polizei in den Sitzungssaal und nahm nach Beendigung der Wahl acht Mitglieder des Rates gefangen.

Die Republik Lettland ist von der deutschen Regierung fest in aller Form anerkannt worden.

Der polnische Bleibitzkommunist Koniecki ist in Breslau wegen Anstiftung zum Mord und Gewalttum bei dem letzten polnischen Putsch verhaftet worden. Sein Vorgänger Januszewski hat sich als alter Zuchtkäfiger entpuppt und ist vor einigen Tagen gleichfalls wegen Unterschlagung von 20 000 Mt. festgenommen worden.

Oesterreich.

Steuererhöhungen.

Die Steuer auf Brantwein und Wein sowie Obstmost wird ab 15. Februar beträchtlich erhöht, woraus etwa 500 Millionen Kronen Mehrertrag erwartet werden. Der Preis für Wein wird verdreifacht und der Kringewinn aus dem Salzmonopol auf 294 Millionen Kronen gesteigert. Ferner steht eine Erhöhung der Tabakpreise bevor, durch welche die Einnahmen aus dem Tabakmonopol auf 2200 Millionen Kronen erhöht werden.

Schweiz.

Karlchen bei dem Faustkämpfer.

Die „Berner Tagwacht“ will in Erinnerung gebracht haben, dass der ehemalige Kaiser Karl sich inlogno im Hotel „Berner Hof“ in Bern aufhielt. Er habe sich während seiner Unreife den deutschen General Hoffmann (Ludendorffs ehemalige rechte Hand) empfangen und mit ihm mehrfach geheime Besprechungen gepflogen.

Die Abjage an Moskau.

Nunmehr liegt das Ergebnis der Abstimmung in der sozialistischen Partei der Schweiz vor. Für die Ablehnung der Moskauer Bedingungen stimmten 25 324, für die Annahme 5723 Mitglieder. Rund 22 000 Mitglieder haben sich an der Abstimmung nicht beteiligt. Die Abstimmung bewegt sich etwa in den gleichen Verhältnissen wie die im vorigen Jahr vorgenommene, wo es sich um den bedingungslosen Anschluss an Moskau handelte. Mit Ja stimmten damals 8722, mit Nein 14 612. Die Zahl der für Moskau abgegebenen Stimmen ist also die gleiche geblieben, während die Zahl der Gegner der Moskauer Diktatur sich von 14 770 vermehrt hat. Die Beteiligung betrug im vorigen Jahr rund 40 Prozent und ist bei der diesmaligen Abstimmung auf 60 Prozent gestiegen.

Frankreich.

Beckins Heimhelfer verhaftet.

Die französische Polizei hat eine vollständige Organisation der ausländischen Kommunisten in Frankreich aufgedeckt, die nicht nur politische Propaganda treibt, sondern auch falsche Presse ausstellt. Die Hauptperson der Organisation ist ein gewisser Zolowski, der in einem der größten Hotels in Paris verhaftet wurde. Er war es, der Clara Zetkin zu dem französischen Sozialistenkongress in Thonon begleitete. Eine große Menge Dokumente wurde bei den Haussuchungen gefunden, ebenso eine vollständige Geheimdruckerei entdeckt. Nach einigen Abendblättern sollen bei den Haussuchungen auch Beweise dafür erbracht worden sein, dass Geld aus Moskau nach Frankreich zu propagandistischen Zwecken geleitet wurde.

England.

Verhaftung im Bergbau.

Der Staatssekretär für das Gewerbeamt gibt bekannt, dass die Höhe in der Gewerbeindustrie am 2. Februar in Abstimmung mit der Novemberregierung um 2 Shillings pro Stunde unter den Sozialisten gesteckt werden sollen. Die Verhandlung wird hauptsächlich durch die Güteklausur ablaufen, wobei die Befreiung in der Industrie steht.

Drohender Journalistenstreik.

Wie „New-York Herald“ meldet, verlangt die englische Journalisten-Vereinigung eine Gehaltserhöhung, bei Ablehnung der Forderung kündigt sie den Streik an. Storchefesse verweigert die Annahme der Gehaltserhöhung.

Amerika.

Der Monatsbericht der Federal Reserve Board stellt fest, dass die wirtschaftliche Lage sich verbesserte. Es bleiben jedoch noch immer 3 473 000 Arbeitslose. In gewissen Bezirken verbesserte sich die Lage der Textilindustrie.

Treistaat Lübeck.

Mittwoch, 2. Februar.

Steuerschen.

Am 14. August 9. S. veröffentlichten die „Lübeckischen Neugierden“ einen Beitrag mit der Überschrift: „Die Steuerschen der Sozialdemokratie.“ In diesem Artikel wurde u. a. behauptet, „die Sozialdemokratie hätte ihre Unabhängigkeit planmäßig und zielbewusst zur Steuerschen erzogen“. Die Vorlommisse in einigen Betrieben Südwürttembergs stellte der Artikelbeschreiber einfach als „Frucht sozialistischer Erziehung“ für Steuerschen hin. Sören wie nun einmal, was Herr Stavenhagen am Dienstag im Amtsblatt über die „am eindrücklichsten“ Steuern“ lag. Nach seiner in echt deutschnationaler Weise vertretenen Ansicht sind alle Steuern zuwidrig, die — den Besitz belasten. Er zieht nicht wie früher mit dem Degen, sondern nunmehr mit der deutschnationalen Feder bewaffnet in die Schlacht. zunächst wird Erzberger als der Vater des den Besitz belastenden Steuerschen abermals umgebracht. Dann wird gesammelt und behauptet, dass viele Landwirte die Steuern nicht ausbringen können und dass der Industrie und Landwirtschaft durch die Steuern das Kapital, das sie zu ihrer Neubildung benötigen, entzogen wird. Tausende und Hunderttausende von Arbeitern würden dadurch brotlos. Die Besorgnis um die Arbeiter, um die man sich sonst nicht kümmert, muss natürlich mit einschliefen werden. Dadurch erhält die Sache einen sozialen Anstrich, womit man die wahren Absichten so schön verdecken kann. Von den Riesen gewinnen der Industrie und der Landwirtschaft wird nichts gesagt. Das sieht eben schlecht zu der „unentträglichen Steuerlast“ dieser Kreise.

Die Hauptattacke aber wird gegen die geplante Dienststeuere ge richtet, weil sie, wie es so schön heißt, unzulässig und nicht die reichen Leute, sondern den Mittelsstand belastet. Von den Arbeitgebern der Hausangestellten sollen neu und neunzig nom Hundert keine reichen Leute sein. Der Begriff „reich“ ist allerdings sehr dehnbar. Zweifellos aber haben diejenigen, die sich mehrere Hausangestellte halten können, ein solches Einkommen, das sie nach unserer Meinung in erster Linie zur Zahlung von Steuern herangezogen werden müssen. Wie bei allen Reichtümern, so wird auch bei den Dienststelleuren behauptet, dass sie vor allem die Hausangestellten am härtesten triffen, weil sie beschäftigungslos würden, da die „gräßigen“ Frauen ihre Haushaltshilfen selbst verrichten würden. (Leicht gesagt, nur nicht so leicht getan.)

Unseres Missens ist die Hausangestelltensteuer vorläufig nur erst für Berlin geplant. Nach diesem Plan werden für einen Hausangestellten jährlich 100 Mt. zu entrichten sein, für den zweiten 150 Mt., für den dritten 150 Mt., für einen viersten und weitere 200 Mt. Steuerfrei ist das Halten eines Hausangestellten, wenn zum Haushalt nicht mehr als drei Personen gehören, deren Gesamteinkommen nicht mehr als 20 000 Mt. oder mehr als fünf Personen, deren Gesamteinkommen nicht mehr als 20 000 Mt., oder mehr als sechs Personen, deren Gesamteinkommen nicht mehr als 40 000 Mt. beträgt. Ferner, wenn nur eine Hausangestellte gehalten wird, die zur Führung der Wirtschaft in einem frauengleichen Haushalt unentbehrlich ist, zum Beispiel wenn Kinder vorhanden sind oder wenn Hausangestellte ausschließlich zur Pflege Kranker und gebrechlicher Personen im Haushalt sind.

Wir wollen über die Wirkung und die Zweckmöglichkeit der Dienststelleure heute nicht reden. Worauf es uns vor allem kommt, ist: dass von den Deutschnationalen jede Steuer beklagt wird, die die Besitzerstellen und das Kapital belastet. Wenn der Arbeiter und Angestellte, dem von keinem sozialen Einkommen seit langem wöchentlich oder monatlich die Steuer abgezogen wird, ungebunden ist, weil er sieht, dass der Besitz noch immer nicht im gleichen Maße zur Steuer herangezogen wird, dann hat die Sozialdemokratie die Schuld davon, die diese Leute planmäßig und selbstbewusst zur Steuerschen erzogen hat. Wenn aber die Deutschnationalen gegen die den Besitz belastenden Steuern wütend, dann ist darin keine Steuerfeindschaft zu erkennen, das geschieht lediglich im deutschnationalen, Verzerrung im nationalen Interesse und im Interesse des armen Volkes, denen man, wie es früher doch so schön war, die größten Gaben wieder ausführen will. Nach dieser schönen Leistung aber sollte das Amtsblatt niemals mehr von sozialistischer Erziehung zur Steuerschen reden. Wer es noch nicht gewusst haben sollte, von welcher Seite die Erziehung zur Steuerschen betrieben wird, der weiß es jetzt bestimmt.

Was dem Hause werfen sollen die kleinen Moskaujünger den „Lübecker Volksboten“. So wünscht es wenigstens das kommunistische Organ, die „Hamburger Volkszeitung“. In ihrer letzten Nummer lesen wir unter „Lübeck“ folgendes: „Verteidigen! Tagtäglich beschimpft und beschmutzt auch der Lübecker Volksboten“. Es ist die Pflicht aller Parteigenossen, den Leuten am der Arbeiterschule die gesuchte Antwort zu geben. Wenn dieses Blatt die Arbeiterschule aus eurem Hause hinaus geht, wie „Hamburger Volkszeitung“, werbt und agitiert für eure Freiheit. — Dieser kommunistische Kämpfer wird keine Würde verschaffen. Schon darum, weil viele dieser „Westrevolutionäre“ nach wie vor ihr Leibblatt, den „General-Anzeiger“, feiern. Angesichts der wenigen Abonnenten, die die „Hamburger Volkszeitung“ in Lübeck hat, ist diese Aufforderung aber effektiv. Wenn unter Blatt als Verleumderbergoen bezeichnet wird, gehört das zum Sprachbuch des herzoglichen Ordnans, das schon der königliche Anwalt den Gegner mit „Liege und Kerzen und Wundern“ zu bekämpfen nach dieser Methode freie gefand. Leider ist in der „Volkszeitung“-Redaktion eine Krise ausgetrocknet. Ob über die wahre Notwendigkeit einer über die heile Verleumdungsmethode, entsteht sich vielleicht unter Kenntnis, dass Herr und Frau aus der Redaktion entgegensehen sind. Die Einigkeit der Revolutionäre scheint also nicht einmal im äußersten Kreise zu bestehen, gelangweilt erst bei den „roten Maßen“. Die „Volkszeitung“ wird mit ihrem Kämpfer bei der Lübecker Arbeiterchaft einen Erfolg erleben.

Gewittersturm, die ist jetzt beladen. Die deutschösterreichischen Nationalen bemühen sich kostet, ihre patriotische und judefeindliche Haltung durch Bekannter von Wörtern und Aussagen zu offenbaren. Nebenbei wird das Nationalen der „einen jüdischen Kulturstütze“ in farben und langer Form angemahnt. Eine Spitzenleitung in dieser Richtung wie uns gefürchtet wird, auf dem romanischen Nationalfeiertag am kleinen Osterfest in Berlin erscheint werden. Dass das nun in klassischer Weise das Grabmal einer längst verstorbenen Mutter mit dem Säbeln in sicherer Nähe beschwört. Eine „soziale, soziale“ Mutter! Nichts ist diesen Schwei-

finken mehr heilig. Durch diese Tat wird der sittliche Zustand der deutschösterreichischen „gelehrten und gebildeten“ Herren recht deutlich allen vor Augen geführt.

Besserstellung der Schwerkrankenbeschädigten. Im Reichstagsausschuss für die Kriegsbeschädigten erklärte mit Beschluss auf Eingaben und Anträge auf Verbesserung der Versorgungsgesetze für Kriegsbeschädigte ein Regierungsvorsteher, die Regierung habe Maßnahmen in Aussicht genommen, um namentlich die Schwerbeschädigten besser zu stellen. Die Ruhensgrenze soll um etwa 2000 Mt. heraufgesetzt und auch die Elternrente erhöht werden. Zur Fürsorge für die Kinder der Kriegsbeschädigten sind bereits 100 Millionen Mark genehmigt. Die Beuerungszulage soll einer Revision unterzogen. Hören sollen ausgleichen werden. Vom Zentrum, von den Sozialdemokraten und von den Unabhängigen liegen Anträge auf Erhöhung der Rente und Heraushebung der Ruhensgrenze vor.

Vorfallssches. Vom 7. Februar ab werden die Ortschaften Schwinkenrade und Bockhof vom Bezirkssatz der Postagentur Cuxhaven abgeweitet und dem des Postamtes Ahrensburg zugewiesen.

Wiederholung von Glückwunsch-Telegrammen. Um Zweifeln zu begegnen, wird darauf hingewiesen, dass Glückwunsch- und Beurkundungstelegramme sowie Telegramme in nicht dringenden Familienangelegenheiten seit Anfang Juni 1920 wieder zur Beförderung angenommen werden.

Erhöhung der Mehrlration. Amtlich wird aus Berlin mitgeteilt: Auf Anordnung des Reichsnährungsministers kommen ab 18. Februar statt der bisherigen 600 gr 800 gr aus Ausland betreute im Inland hergestellte Weizenmehls pro Kopf und Monat neben der Brotsorte zur Verteilung. Der Kilogrammpreis für die Kommunalverbände beträgt 7,50 Mt. entsprechend den günstigeren Einkaufs- und Devisenpreisen. Dazu treten die Zuschläge für den Kleinhandel.

Der Mieter schutz-Verein weist darauf hin, dass der vom Wohlfahrtsamt eingerichtete Kursus über Miete und Wohnungsrabatt an 8 Abenden wöchentlich Freitags pünktlich von 5½-7 Uhr abends im großen Saal des Logenhauses, Unterstraße 100, stattfindet. Beginn des 1. Abends Freitag, den 4. Februar 1921. Pünktliches Erscheinen der Teilnehmer wird erwartet.

Achtung, Jungsozialisten! Am Donnerstag, 8. Februar, Vortrag über „Die politische Lage“.

Grüne Heringe zum billigeren Ausnahmepreis sind heute und morgen (Donnerstag) in der Markthalle und in allen Laden dengeschäften zu haben.

Ringsämpfe im Gewerkschaftshaus. Resultate am Dienstag: Urach besiegt Winter in 18 Minuten durch Untergriff von 5½-7 Uhr abends im großen Saal des Logenhauses, Unterstraße 100, während der Brotkampf Schmid in 1 Stunde 18 Minuten durch Schulterdruck aus dem Stand gewonnen. Der Kugelkampf Boazzeba in 4½ Minuten durch Kugelkämpfer der Kommunalverbände entsprechend den günstigeren Einkaufs- und Devisenpreisen. Dazu treten die Zuschläge für den Kleinhandel.

Ringkämpfe im Gewerkschaftshaus. Resultate am Dienstag: Urach besiegt Winter in 18 Minuten durch Untergriff von 5½-7 Uhr abends im großen Saal des Logenhauses, Unterstraße 100, während der Brotkampf Schmid in 1 Stunde 18 Minuten durch Schulterdruck aus dem Stand gewonnen. Der Kugelkampf Boazzeba in 4½ Minuten durch Kugelkämpfer der Kommunalverbände entsprechend den günstigeren Einkaufs- und Devisenpreisen. Dazu treten die Zuschläge für den Kleinhandel.

Angrenzende Gebiete.

Menfeld. Kartoffeldiebe. Vor einigen Nächten stellten Spießbuben dem Dorfe Klein-Martin einen Besuch ab. Sie öffneten eine Kartoffelmiete des Arbeiters Sch. und entwendeten etwa 10 Centner Kartoffeln.

Warnemünde. Seeleichter gesunken. Der Seeleichter „Mumm“ war im Schlepptau des Dampfers „Trost“ von Hamburg nach Rostock unterwegs und sank im schweren Nordwest-Surm, da die schweren Seen die Seen eingeklappt hatten. Die Mannschaft wurde über Bord geworfen, konnte aber vom Schlepper gerettet und nach Warnemünde gebracht werden.

Verden. Eine Falschmünzerbande wurde hier festgenommen. Sie hatte in einem Keller eine Münzdruckerei eingerichtet und 50 Mark-Scheine fabriziert. 7 Personen wurden verhaftet. Weitere Verhaftungen stehen bevor.

Bremervorstadt. Ein treffen der amerikanischen Militärführer. Am nächsten Tag trifft in Bremen der erste Transport der amerikanischen Militärführer ein. Es sind im ganzen 72 Kühe.

Neueste Nachrichten.

Der Abstimmungstermin für Oberschlesien.
III. Berlin, 2. Februar. Ein zuständiger Stelle ist nichts davon bekannt, ob der Abstimmungstermin für Oberschlesien später gelegt werden soll; allerdings ist der bisher genannte Termin, der 13. März, offiziell noch nicht bekannt. Die letzten Anmeldungen zur Abstimmung müssen telegraphisch bis 2. Februar eintreffen, die schriftlichen Formulare können dann noch bis zum 10. Februar folgen.

Abgebligte Regierungsmacher.

III. Berlin, 2. Februar. Die Herren Dr. Stenzelmann als Parteivorsitzender, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Kiefer und Exzellenz Becker haben sich an die Deutschnationalen Polizeipolitiker, vertreten durch Herrn Hergt mit der Bitte um den Eintritt in die Koalition zur Herstellung eines nationalen Kabinetts von den Deutschnationalen bis zu den Mehrheitssozialisten gewandt. Herr Hergt hat jedoch abgelehnt mit der Begründung, dass könne er nicht tun, sonst liegen ihm am 26. Februar 4 Millionen Wähler davon.

Gegen das Pariser Todesurteil.

III. Copenhagen, 2. Februar. „Roden 5“, das Nachmittagsblatt der Zeitung „Sozialdemokrat“ schreibt wörtlich: Hätten die Sieger die ganze deutsche Volk nach Afrika exportiert und alle Erwachsenen wie Kinder in die Sklaverei gesetzt, so wäre dies menschlicher gewesen, denn die Leiden der Ungläubigen hätten dann wenigstens ein schwaches Ende gefunden. Wir betrachten es als sicher, dass die Arbeiter der ganzen Welt, auch die der Siegerreichen Länder, sich erheben und gegen diese Erschließung protestieren werden, denn ein Sklavenleben, wie es dem deutschen Arbeiter zugeht, wird selbstverständlich nur dazu beitragen, dass auch die Arbeiter der anderen Länder in das schwere Elend geraten.

Generalstreik der italienischen Eisenbahner?

III. Rom, 2. Februar. Dem „Espresso“ wird aus Florenz gemeldet, dass infolge der letzten Zwischenfälle zwischen Sozialdemokraten und Nationalen ein politischer Streit um den Generalstreik vorbereitet werde. Sie versuchen, die C. O. I. für die Bewegung zu gewinnen. Ein Generalstreik der Eisenbahner soll unmittelbar bevorstehen.

Die Herren des Tages.

III. Paris, 2. Februar. Ein Ministerrat hat gestern im Kabinett zus

Kommunistische Manneswürde.

Der Vorsitzende der K. A. P. D., Dr. Paul Levi, hat es, wie berichtet, mit den Moskauern wegen seiner Haltung in der Frage der italienischen Partei verbündet. Man will ihn deshalb von seinem Posten beseitigen. Die „Freiheit“ ist nun in der Lage, ein Schreiben Paul Levis an seine Moskauer Obrigkeit zu veröffentlichen. Wir wollen einige Punkte daraus wiedergeben: Es heißt unter:

„Ihr Schreiben enthält keine Antwort auf die von mir gestellte Frage, wie Ihre Worte:

„Ehe Sie uns angreifen wollen, werben wir dem zuvorkommen und werden das Schwert gegen Sie ziehen“, zu deuteln seien. Ich weiß die Gründe für dieses Stillschweigen zu würdigen.

g) Der Satz unter III a Ihres Schreibens verurteilt nur die formelle Seite Ihres Verhaltens gestern. Ich muß daher den materiellen Teil meiner Fragen wiederholen:

„Hält die Exekutive oder ihr deutscher Vertreter meine Entscheidung vom Posten als Vorsitzender der Partei für nötig oder auch nur willenswert?“

Ich bitte diese Frage nicht irrationalisch, sondern offen zu beantworten. Sie ist so gestellt, daß sie mit ja oder nein beantwortet werden kann.

h) Ich möchte bei dieser Gelegenheit nicht unterlassen, schriftlich folgendes festzustellen:

Ich war am Abend vor meiner Abreise nach Italien bis 1 Uhr mit Ihnen zusammen. Wir waren damals in unserer Aussöhnung über Italien einig, und zwar in der Aussöhnung, die ich vor wie nach dem italienischen Kongreß vertreten habe. Ich glaube, daß Sie sich dieser Tatsache entzücken werden und möchte für den Fall, daß das nicht zutreffen sollte, im voraus bereits darauf hinweisen, daß Sie eben, weil unsere leichte Befreiung nicht im Einfluss stand mit Informationen von Moskau, die erst nach meiner Abreise einkamen, mir telegraphisch die neue Aussöhnung der Exekutive mitgeteilt haben.

Die „Freiheit“ sagt dazu: „Der fremde Mann aus dem Osten, der den kommunistischen Arbeitern vollständig unbekannt ist, hat darüber zu entscheiden, wer der Vorsitzende ihrer Partei ist! Und dieser Jammerlappen, der der deutschen Bourgeoisie mit beschämtem Hassstand, Terror usw. grauslich machen will, unterwirft sich von vornherein läßlich dieser Entscheidung! Man weiß nicht, ob die Würdelosigkeit oder doch die Lächerlichkeit größer!“

Wie recht hatten wir, als wir den Arbeitern sagten, daß die Annahme der Moskauer Bedingungen blinde Unterwerfung unter die Diktatur ganz unbekannter Leute bedeute. Daß aber diese Aussöhnung sich so völlig bestätigt, das ist doch nur möglich bei dem völligen Mangel jeder persönlichen Selbstständigkeit und Charakterstiftigkeit der Kommunistenführer.“

Die kommunistische Freiheit in Sowjeten wird auch in einem Briefwechsel illustriert, den die englische Labour Party mit der Sowjet-Regierung geflossen hat. Henderson legte ihr einige Fragen vor, nach denen entgegen der Ausschüttungen russische Staatsangehörige bestraft worden sind, die zuungunsten der Sowjet-Regierung an die englische Delegation Aussagen machten. Die Fragen lauten: Der Moskauer Buchdrucker-Verband ist aufgelöst worden und zwar in unmittelbarem Zusammenhang mit einer am 23. Mai in Moskau in Gegenwart von drei Mitgliedern der britischen Delegation stattgefundenen Besiegelung. — Als Vergeltung für die auf dieser Buchdrucker-Verhandlung zum Ausdruck gebrachten Unschönheiten ist der Hauptvorstand des Buchdrucker-Verbandes aufgelöst, eine Anzahl seiner Mitglieder verhaftet und eingekerkert und ein neuer Vorstand den Buchdruckern durch die Regierung aufgesetzt worden und zwar ohne Zustimmung und Befragung der arbeitenden Buchdrucker selber. — Zwei Mitglieder des Zentralkomitees der Sozialdemokratischen Partei sind verhaftet worden; ein anderes Mitglied des Zentralkomitees, Dan, ist aus Moskau nach Perm verbannt worden.

Die Antwort der Alleinherrchter in Rußland war so ruppig, wie man sie sich nur denken kann. Verlogen war sie nebenbei auch, wenn es den Moskauern auch nicht gelang, alles abzutreten.

Franzi und Heini.

Wünsche zweier Wiener Kinder von Leopold Komperd.

1. Vor einem Portale.

In jenem Teile der Stadt, der, als noch die Festungswälle bestanden, zu den Vorhäfen gezählt wurde, steht ein langgestrecktes und dabei wuchtiges Gebäude, dem man auf den ersten Blick anfiebt, es sei eines von jenen, die an und für sich eine gewisse Bedeutung in der „Gesellschaft“ in Anspruch nehmen. Wenn man vor keinem gewaltigen Portale, dessen schwere Tortflügel allzeit geschlossen sind, steht und es sinnend betrachtet — ich glaube, die Leute sprechen von seiner Bauart als der anglo-sächsischen —, so sieht es plötzlich die müden Augenlider an dir aufzuschlagen, um dich häßlich, aber entschieden zu fragen: „Willst du etwas von mir?“

Ich weiß aber nicht, warum jeder, an den die Frage richtet, es lieber vorzieht, aus dem breiten Schatten jenes Portales zu treten, als zu antworten.

„Nein, nein! Du willst gar nichts von diesem griesgrämigen, finstern, feuchthalten Toreingange. Denn draußen liegt goldener Sonnenglanz, und eine Schar luffiger Mädchengesichter mit blonden oder schwarzen Zöpfen liegt vor dir auf, wie Spierlinge, die gegen ein nahendes Menschenherz aus der wichtigsten Angleichtheit ihres Daseins ausgestrahlt hat.“

„Nein, nein! du willst keine Antwort von diesem unheimlichen, angestochenen Portale und noch weniger von seinen zwei massigen Tortflügeln...“

Und einmal in der Nacht — von den Gaslaternen hat man aus Sicherheitsrücksichten bereits die Hälfte ausgelöscht, was jedenfalls ein Zeichen ist, daß es im Osten etwas vorbereitet, gegen hellen Steinernen Strahl all diese häßliche Beleuchtung befeindet werden wird, und ein häßler Lustung deigt dich den Leibeslust untrügerlich an dich drücken — kommt du wieder an jenem langgestreckten Haufe in der Vorstadt und an denen angestochenen Portalen vorüber.

„Willst du etwas von mir?“

„Klar!“

„Warum kennst du im dritten Stockwerke ein einfaches Foto, wobei ringsherum alles in Finsternis verdeckt ist?“

„Ein selbstverständlicher Mann beschreibt dort Bogen auf dem Papier. Es ist der größte, den er schon beschriftet hat.“

Was heißt der Mann?

„Halbblühende Bogen! In diesem Haufe wird mir bald nichts geschehen. Weißt du warum?“

Das Defizit im Reichsamt.

Im Reichsamt wurde am Montag festgestellt, daß durch die zahlreichen Ergänzungsetats die Summe der ungedeckten Reichsausgaben für das Rechnungsjahr 1920 auf den gewaltigen Betrag von fast 80 Milliarden angewachsen ist. Die Sitzung des Reichsrates begann mit der Billigung mehrerer Ergänzungsetats, in denen für Unterstützungen an Arbeitslose weitere 450 Millionen, als Reichsbeitrag an die Länder für die Erhöhung der Beamtenbesoldungen 62 Millionen und als Zuschuß an die Länder zur Gewährung von Beihilfen an die Gemeinden zum gleichen Zweck 100 Millionen gefordert werden. Der ursprüngliche Etat schloß für 1920 mit 92,5 Milliarden Mark ab. Der ordentliche Etat balanzierte mit 89 Milliarden, beim außerordentlichen Etat war ein Fehlbetrag von 49 Milliarden vorhanden. — Durch die Fehlbeträge bei der Post und der Eisenbahn erhöhte sich dieser im Jahr 1921 der Fehlbetrag auch beim ordentlichen Etat 7 Milliarden. Die Gesamtkosten der Leistungen zur Ausführung des Friedensvertrages für 1920 ist ungeheuer gestiegen. Sie beläuft sich auf 42½ Milliarden Mark. Die mit 20 Millionen veranschlagten Kosten für die Internationale Rheinlandkommission sind um 95 Millionen auf die in ihrer Höhe kaum degreifliche Summe von 115 Millionen Mark gestiegen.

Der Berichterstatter betonte, es gebe nur ein Gebot: Der ungeheure Fehlbetrag von über 70 Milliarden in einem Rechnungsjahr müßt mit allen Mitteln strengster und rücksichtsloser Beschränkung der Ausgaben verminder werden. Der Augenblick ist gekommen, wo mit der Einschränkung der Verwaltungsausgaben endlich Ernst gemacht werden muß. Die Grundsätze der Sparsamkeit dürfen nicht nur auf dem Papier stehen. Im Reichstag wurde hervorgehoben, daß dies heute leider der Fall ist und daß sich die einzelnen Ressorts gar nicht nach diesen Grundsätzen richten. Insgesamt werden durch die neuen Ergänzungsetats weitere 8,4 Milliarden Mark angefordert, darunter für die Eisenbahnverwaltung neue 1,6 Milliarden. Den Fehlbetrag bei der Post will die Verwaltung aus eigenen Mitteln decken.

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 2. Februar.

Die Preisprüfungsstellen.

Wie so manche andere wenig angenehme Ercheinung sind die Preisprüfungsstellen aus den Folgewirkungen des Krieges heraus entstanden. Ihr Aufbau wurde notwendig mit dem zunehmenden Mangel der Bedürfnisse für das tägliche Leben, der eine ungeheure Preissteigerung mit sich brachte. Die teilweise Aufhebung der Zwangsirtschaft hat aber eine Preissteigerung, die so viele Schäden erwarteten, nicht gebrochen. Die früheren Schiedsgerichte sind zu Normalpreisen geworden. Diese bedauerliche Tatsache liegt in der Ursache begründet, daß die Nachfrage nach den notwendigsten Lebensmitteln und Waren das Angebot wesentlich übersteigt und Wucher und Schieberatum es durch eine Wohlwirtschaft verhindern haben, die verhandelten Waren in einer festen Linie zu verkaufen. Während man in der Vorriegszeit einen jungen Zukunft als vorübergehend ansah und sich leichter mit ihm absonderte, erfordert jetzt die Not der Bevölkerung zur Verhütung gewissenloser wucherhafter Ausbeutung energische Maßnahmen und Eingriffe in die freie Handelsfähigkeit. Solche Maßnahmen und Eingriffe werden zwar von den betroffenen Kreisen nicht angenehm empfunden, im Interesse der Allgemeinheit müssen sie aber immerhin als notwendiges Werk ertragen werden. Die Preisprüfungsstellen sind diejenigen, die einen Ausgleich zu schaffen. Ihre gleichmäßige Zusammensetzung aus Vertretern der Verbraucher und des Klein- und Großhandels und der Erzeuger bürgt dafür, daß die berechtigten Interessen der beteiligten Kreise gewahrt werden.

Die wichtigsten Aufgaben der Preisprüfungsstellen sind die Überwachung und die Preisbildung auf dem Gebiete des Lebensmittelmarktes und des Handels. Besonders wichtig ist, daß sie jedem zur Verbesserung führenden Verlust der Preisfeststellung von Waren entgegentreten. Außerordentlich wichtig ist weiter die

allwochentliche Festsetzung und Veröffentlichung von Richtpreisen. Die festgesetzten Preise, die in geeigneter Weise veröffentlicht werden müssen, sind nicht Höchst-, sondern Verhältnisse. Höchstpreise können nur von den Landeszentralbehörden erlassen werden. Die Richtpreise sind Angemessenheitspreise. Übersteitung derselben bedeutet Überforderung und hat damit Strafe und verwaltungstechnische Maßnahmen zur Folge. Die Preisprüfungsstellen müssen daher die Einhaltung der Richtpreise nach oben hin schaffen und ihrer zu erhalten. Selbstverständlich ist die Tätigkeit der Preisprüfungsstellen so zu gestalten, daß sie für Produktion, Handel und Verkehr nicht hemmend wirkt. Da die Preisprüfungsstellen in erster Linie die Interessen der Verbraucher wahrnehmen sollen, ist diese im besonderen Maße zur Mitarbeit verpflichtet. Letzter lassen es aber noch weitere Kreise der Verbraucherschaft zum eigenen Schaden an der Mitarbeit fehlen. Bei dieser Gelegenheit mag darauf hingewiesen werden, daß die Mitglieder der Preisprüfungsstellen zur Entgegnahme von Wucher- und Schieberangeboten bereit sein werden und der Name des Angebotes gehalten wird.

Die Tätigkeit der Preisprüfungsstellen bleibt aber ein Schlag in die leere Luft, wenn sie auf ihr lokales Betätigungsgebiet beschränkt. Nur zu leicht kann so der Fall eintreten, daß von der Händlerschaft das Gebiet solcher Preisprüfungsstellen, die sich ein gewissenhaftes Ansehen angelegen sein lassen, als für sie gefährlich gemieden wird. So würde ein Abwandern der Ware in benachbarte Orte eintreten, deren Preisprüfungsstellen nicht mit derselben Energie passieren. Der Bevölkerung wäre damit sicher nicht gedient. Der Zusammenschluß der Preisprüfungsstellen zu Verbänden ist damit eine dringende Notwendigkeit geworden.

In Lübeck ist man sich noch nicht einig, ob die Preisprüfungsstellen dem Polizeiamt, dem Landesversorgungsamt oder dem Statistischen Amt angegliedert werden soll. Jedenfalls ist diese Entscheidung nur nebenläufiger Art. Viel wichtiger ist, daß die hierige Preisprüfungsstelle fühlungslust mit der von Mecklenburg, Hamburg, Schleswig-Holstein und der Provinz Lübeck. Nur durch gemeinsames Vorgehen läßt sich etwas wirklich Positives erreichen. Solche Zusammenkünfte und Bildung von Arbeitsgemeinschaften sind bereits in einer ganzen Anzahl von Gebieten erfolgt oder gescheitert. So z. B. in Thüringen, Anhalt, Westfalen und Oldenburg. Es kann den Preisprüfungsstellen und allen beteiligten Kreisen nicht eindringlich genug geraten werden, den Zusammenschluß in ihren Bezirken zu fördern und zu vollziehen. Nur wenn ein Netz solcher Verbände der Preisprüfungsstellen sich über das ganze Reich erstreckt, werden sich die Erfolge in vollem Maße zeigen.

wb.

Der Verband der Zimmerer, Zahlstelle Lübeck, hielt am Sonntag eine Versammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: 1. Geschäftsbericht. 2. Abrechnung vom 4. Quartal. 3. Innere Verbandsangelegenheiten. Anwesend waren 18 Delegierte; es fehlten entschuldigt fünf und unentschuldigt drei. Den Geschäftsbericht gab Kleinfeld. Vom Kassenbericht wurde dann der Kassenbericht gegeben. Mit der Zentralstelle war eine Einnahme und Ausgabe von 50.423,50 M. zu verzeichnen. In Unterstützungen wurden auf Rechnung der Hauptkasse für Erwerbslose 6344 M. für Krante 5330,50 M. und an Streitunterstützung 293,50 M. verausgabt, zusammen also 11.973 M. Erwerbslos waren im ganzen 61 Mitglieder 2277 Tage, krank: 74 Mitglieder 2088 Tage. Es wurde demnach gefeiert 4315 Tage. Die Jahresabrechnung der Zentralstelle wies bei einer Einnahme von 22.101,08 M. und einer Ausgabe von 17.991,55 M. einen Bestand von 4108 M. auf, gegen 2574,47 M. im Vorjahr. Für Erwerbslose und Krante wurden an Beiträgen bezahlt: 1283,70 M. Auf zwei Sammelstellen gingen 570 M. ein. Für ausgeteuerte Kameraden wurde aus der Losfallstelle für 850 Tage 1273 M. Unterstützung gezahlt. Eine Weihnachtsunterstützung, wofür die arbeitenden Kameraden einen Extrabeitrag von 5 M. entrichteten, wurde an 36 Kameraden mit 98 Kindern in Höhe von 2080 M. ausgezahlt. Die Mitgliederbewegung wies einen Zugang von 567 Mitgliedern und einen Abgang von 129 Mitgliedern auf, sodass am Schlus des Jahres ein Mitgliederbestand von 438 zu verzeichnen war. Zu inneren Verbandsangelegenheiten wurden die Entschädigungen für den Vorstand und die Hilfskassier wie folgt festgelegt: 1. Vor. 180 M., 1. Kass. 300 M., 1. Schrift. 25 M. und für die Hilfskasse pro Monat und Mitglied 1,20 M. Zu den neuesten Verhandlungen berichtete der Vorsitzende, daß ein neues Lohnamt gebildet ist mit dem Sitz in Kiel. Zur Förderung der Teuerungszulage wurde beschlossen, sich den Forderungen der Hamburger Kameraden anzuschließen.

Denn ich glaube: die Kinder betrachten und studieren uns jetzt mehr als je.

Eine Woche später.

Der Kooperator von St. Barnabas, mein geistlicher Kollege, hat schon vor längerer Zeit erklärt, er werde sich dem „Wochenbuch“ nicht fügen. Er will nicht einschreiben. Jetzt schwiebt die Sache vor dem Ordinariate und dem Landeschulrat zugleich. Es steht ihm aber, wie er mir erzählte — und sein Antrag hätte dabei einen merkwürdig strahlenden Ausdruck —, noch etwas anderes bevor.

Eines der größeren Mädchen wußte neulich nicht logisch die Worte anzugeben, die der Himmel zu der Vollsmiene gehabt, als sie über die Chorherren herfallen wollte. Darum gab er ihnen einen klaren Streich mit einem Stäbchen über die Finger.

Die Kirche ist so rasch zur Erwerblichen Füchtigung bereit. Ist das nicht seltsam? Warum? Dagegen betrachtet das Staatsgericht die leiseste Verletzung eines Schülers als eine ihm persönlich ins Angesicht geholzbare Bekleidung und ändert sie mit Germels und noch mehr. Ist die Kirche in ihrem unmanlichen Rechte?

18. Mai.

Einmal lag mir und ständig sich in einer gewissen Beklemmung an, deren ich nicht Herr werden kann: der strenge Bezirksschulinspektor ist in Sicht! Noch jetzt ich ihn nicht, aber ich habe keinen Schaff, wie der sich langsam nähert und allmählich, doch sicher anzeigt. Denkt ich an eine arme Frau meines Heimatortes im Rückensteil, und daß die „Belohnungskommission“ zum dritten Male bereits an mir vorübergegangen ist, so erscheint mir mein Provinzium...

Hab der Bezirksschulinspektor wird kommen! Er hat den Koffer, es auf die „Provinzien“ schwer abzusehen. Mein Kollege von der dritten Klasse, Andreas Schiebner, will wo gewohnt haben, es besteht die Absicht, die „Provinzien“ ganz aufzuführen. Federmann sollte logisch als „Dilettant“ angesehen werden; denn es sollte sich schon jetzt klar heraus, daß die Kommission keinen Lehrmangel mehr leide. Lehrmangel! Wie überfaßt es bei diesen Worten erscheint. Prudentia Leonina! Dreißig, meine Kollegin aus der zweiten, hängen meinte, sobald sie das Dilettantismus in der Lade habe, werde sie betrunken. Wenn sie das feststellt gehen und los reden! Wenn ich fünfzig Jahre und Lehrer sei, lohne sie mit den beiderlei Sachen recht gut ihr Zusammentreffen. . . . Man könnte ja dann ja auf wie irgend ein mittelmäßiges Staatsbeamter, und braucht ja dazu keine Stütze mehr anzuhaben.

(Fortsetzung folgt.)

2. Aus dem „Wochenbuch“ eines „Provinzien“.

5. Mai.

So ein „Wochenbuch“ ist eine gar merkwürdige Erfahrung. Jeder Lehrer und auch jede Lehrerin sind nämlich gehalten — so lautet der amtliche Ausdruck —, am Ende der Woche in ein Buch einzutragen, wie weit sie mit ihren Schülern gekommen sind. Wie weit und wieviel sie ihres Unterrichtszyklus möglichst geworden sind. Kommt dann der Bezirksschulinspektor oder gut was nur selten geschieht, der Herr Bezirksschulinspektor leidet sehr leicht das Buch auf, so ist ihm nur nichts verborgen. Das „Wochenbuch“ verfügt, ob man ein Bauer oder ein tüchtiger Arbeitnehmer auf dem Felde der Schule gemessen. Und danach gibt es God oder Tadel, und der Herr Bezirksschulinspektor notiert sich etwas in einem Taschenkalender, welches er stets bei sich trägt.

„Rut Ordnung und Güntlichkeit!“ sagte neulich mein Herr Oberlehrer zu mir. „Sie sind der halbe Erfolg.“

Er mag es wissen! Seinerzeit hat er ein Lehrbeschäftigungszeugnis erster Klasse erhalten; mit sechsunddreißig Jahren ist er bereits Oberlehrer der achtzehnten Mädchenschule!

„Ich will mir auch so ein Wochenbuch anlegen, doch nur für meinen eigenen Gebrauch. In dieses soll meist der Herr Oberlehrer, auch der Bezirksschulinspektor einen Bild werden dürfen. In dieses Wochenbuch soll ich verzeichnen, nicht, wie weit ich mit meinen Schülern, sondern wie weit ich mit mir gekommen bin.“

Das gehört auch zur Ordnung und Güntlichkeit in so leise. Das erwähnte Wochenbuch ist für die mit vorgelegte Gedichte bestimmt, nach Tisch über mir aufzulegen.

